Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich Fraktion GRÜNE Bergedorf	Drucksachen–Nr.:	**20-1894**
	Datum:	24.01.2019
	Aktenzeichen:	650.20-22

Beratungsfolge		
	Gremium	**Datum**
	Bezirksversammlung Bergedorf	31.01.2019

Inklusiver Spielplatz in Bergedorf

Sachverhalt:

Antrag des BAbg. Krönker und Fraktion GRÜNE Bergedorf

Spielplätze, auf denen Kinder mit und ohne Behinderung miteinander spielen können, sind selten – in Deutschland sind es sogar nur fünf Prozent aller Spielplätze. In Hamburg hat der Bezirk Mitte mit dem ersten inklusiven Spielplatz, der aus einer Elterninitivative entstanden ist, einen Meilenstein gesetzt.

Bergedorf als Bezirk mit vielen Kindern und seiner großen Kinder- und Familienfreundlichkeit kann in Hamburg nun der zweite Bezirk mit einem inklusiven Spielplatz werden. Mit Spielgeräten, mit denen auch Kinder mit körperlicher oder anderer Behinderung spielen können, kann ein so gestalteter Spielplatz ein neuer Raum für gelebte Inklusion sein. Rollstuhlschaukeln, barrierefreie Wippen, ein Baumhaus, das mit einem Rollstuhl befahrbar ist, sind nur Beispiele, wie behinderte Kinder mitspielen können.

In Neuallermöhe gibt es neben der Blauen Welle einen derzeit wenig genutzten Spielplatz. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich die Kita Springmaus mit einer angegliederten Frühförderstelle (hier werden Kinder mit Behinderungen und Entwicklungsstörungen im Alter von 0 bis 6 Jahren speziell gefördert) und behindertengerechten Sanitäranlagen. Das DRK als Träger dieser Einrichtungen hat Interesse, auch die Trägerschaft für einen inklusiven Spielplatz dort zu übernehmen.

Diese Voraussetzungen erscheinen sehr günstig, um ein solches bezirkliches Projekt auf den Weg zu bringen.

Petitum/Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger in Sondierungen zu treten, wie ein solches Projekt realisiert werden kann.
2. Der Bezirksamtsleiter prüft, wie hoch der Kostenrahmen für die Gestaltung eines inklusiven Spielplatzes ist, und führt mit den Fachbehörden Gespräche, wie ein solches Projekt realisiert werden kann.
3. Aufgrund der inhaltlichen Relevanz der Thematik (Pädagogik und Grünanlagen) werden der Jugendhilfeausschuss und der Umweltausschuss über die entsprechenden Schritte kontinuierlich informiert.

Anlage/n: